

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 3. Juni 2020 / Mercredi matin, 3 juin 2020

Staatskanzlei / Chancellerie d'Etat

**19 2019.RRGR.279 Motion 231-2019 Vanoni (Zollikofen, Grüne)
In allen Grossratsgeschäften die Auswirkungen auf das Klima aufzeigen
(Klimafolgenabschätzung)**

**19 2019.RRGR.279 Motion 231-2019 Vanoni (Zollikofen, Les Verts)
Mise en évidence des répercussions climatiques dans toutes les affaires du Grand Conseil**

Präsident. Ich begrüsse unseren Staatsschreiber, Christoph Auer. Wir kommen zum Traktandum 19, und hierfür übergebe ich die Ratsleitung an den Vizepräsidenten, Hervé Gullotti.

Der Vizepräsident, Hervé Gullotti, übernimmt die Ratsleitung. / Le vice-président, Hervé Gullotti, prend la direction des délibérations.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. L'affaire numéro 19, c'est une motion du député Vanoni : « Mise en évidence des répercussions climatiques dans toutes les affaires du Grand Conseil ». Le gouvernement propose l'adoption sous la forme d'un postulat et le débat est libre. Je laisse donc la parole à Monsieur le député Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Der Zufall will es: Genau heute vor einem Jahr haben wir in diesem Rat zu einem ausserordentlichen Instrument gegriffen, nämlich zu einer Erklärung zur Klimapolitik, damals vorgeschlagen von der BaK. Wir haben uns in dieser Erklärung eigentlich bereit erklärt, alles «Mögliche zu tun, um dem Klimawandel entgegenzutreten». Mit einer Mehrheit von 101 Stimmen kündigten wir im Punkt 2 dieser Erklärung zur Klimapolitik klipp und klar an: «Mögliche Massnahmen werden prioritär behandelt.» Aber wie können wir nun wissen, welche Geschäfte klimarelevant und deshalb prioritär zu behandeln sind? Damit wir dies können, brauchen wir Angaben in den Entscheidungsgrundlagen, über die wir beraten – genau gleich, wie heute in vielen Geschäften steht, was die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, die Gemeinden oder die Finanzen sind. Dies ist der Kern dieser Motion, die ich im letzten September zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus immerhin sechs Parteien eingereicht habe. Die Miturheberinnen und Miturheber stammen aus dem Kreis jener Ratsmitglieder, die seinerzeit mit zwei Ordnungsanträgen die Kommissionsarbeiten für diese Erklärung zur Klimapolitik ausgelöst haben. Zwei dieser Mitinitianten, Anita Luginbühl von der BDP und Martin Aeschlimann von der EVP, wurden in der letzten Session verabschiedet; sie können also dieses Anliegen hier nicht mehr selbst vertreten. Ich hoffe, das ist kein schlechtes Omen, sondern – im Gegenteil – für die betreffenden Fraktionen ein Ansporn, das Anliegen ihrer verdienten, langjährigen Mitglieder weiterhin hochzuhalten.

Erfreulicherweise hat der Regierungsrat in seiner Antwort grundsätzlich Verständnis für das Anliegen der Motion geäussert, im Bereich der Klimapolitik geeignete Entscheidungsgrundlagen zu schaffen. Und er hat sich nicht nur bereit, sondern grundsätzlich *gewillt* erklärt, den Grossen Rat in diesem Bereich zu unterstützen. Das hören wir doch gerne.

Der Regierungsrat fand allerdings doch ein paar Argumente – man könnte vielleicht auch sagen: Haare in der Suppe –, um den Vorstoss nicht als Motion, sondern nur als Postulat zur Annahme zu empfehlen. Zum einen stört sich der Regierungsrat daran, dass die Forderung auf alle Geschäfte abzielt, also beispielsweise auch auf Wahlen oder Straferlasse. Ich muss zugeben: Solche Parlamentsgeschäfte kamen mir beim Formulieren dieses Vorstosses gar nicht in den Sinn. Ich dachte vielmehr vor allem an parlamentarische Vorstösse, vor allem an solche, mit denen wir verbindliche Aufträge erteilen können oder die in klimarelevante Beschlüsse münden könnten. Aber auch mit Klimafolgenabschätzungen zu parlamentarischen Vorstössen hat der Regierungsrat Mühe.

Aus meiner Sicht sind diese Einwände des Regierungsrates aber kein Grund, diese Motion nicht zu beschliessen. Es würde ja nicht vorgeschrieben, dass für alle Geschäfte die genau gleichen gründlichen, detaillierten Abschätzungen gemacht werden müssen. Bei Wahlen oder Straferlassen könnte

man beispielsweise mit einem Wort oder auch einmal pauschal festhalten, dass solche Geschäfte keine besondere Klimarelevanz haben. Bei parlamentarischen Vorstössen oder vielleicht auch bei anderen ausgewählten Geschäften könnten summarische Angaben genügen. Ich habe ja bereits in der Begründung geschrieben, dass solche summarischen Abschätzungen reichen könnten, zum Beispiel auch mit einem Ampelsystem oder mit Priorität 1, 2 oder 3.

Nebst diesen Einwänden gegen die Klimafolgenabschätzung bei bestimmten Geschäftsarten weist der Regierungsrat auch auf Schwierigkeiten hin, geeignete Kriterien zu definieren, die einheitlich und verständlich sind. Ich bestreite nicht, dass hier noch mit aller Sorgfalt und Aussagekraft, aber natürlich auch mit vernünftigem Aufwand ein Instrumentarium entwickelt werden muss. Ich zweifle aber nicht daran, dass dies gelingen wird, schliesslich haben die Regierung und Verwaltung ja bereits Erfahrung mit einem ähnlichen Instrument: mit der sogenannten Nachhaltigkeitsbeurteilung. Auf der Website der WEU las ich mit Interesse, dass diese Nachhaltigkeitsbeurteilung obligatorisch ist für alle Regierungsgeschäfte, die den ganzen Kanton betreffen, die auf die Zukunft ausgerichtet sind, die über die Verwaltung hinauswirken und die neu oder wesentlich überarbeitet sind. Das wären doch ausgezeichnete, erprobte Kriterien, die auch bei der Umsetzung dieses Vorstosses mitberücksichtigt werden könnten. Ich bitte deshalb um Zustimmung und auch um Nachsicht für ein paar kleine Formulierungsmängel, die es darin haben könnte. Mit einem Ja zur geforderten Klimafolgenabschätzung können wir bestätigen und bekräftigen, dass es uns mit dem Klimaschutz weiterhin ernst ist, auch nach den belastenden Erfahrungen mit der Coronapandemie. Bitte denken Sie daran: Wir haben in der Schweiz den wärmsten Winter seit Messbeginn 1864 hinter uns, den wärmsten Winter seit mehr als 150 Jahren also. Und auch der Frühling war einer der wärmsten: 2,5 Grad zu warm und viel zu trocken. Der April war sogar 4,5 bis 5 Grad zu warm. Danke für die Zustimmung.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Je laisse à présent la parole aux groupes. Le premier inscrit : Monsieur le député Stampfli, comotionnaire.

David Stampfli, Bern (SP). Bei den meisten Geschäften, die wir hier in diesem Saal beraten, zeigt uns die Verwaltung in einem Bericht auf, was die allfälligen Auswirkungen auf das Personal oder die Finanzen wären. Das ist sinnvoll und hilft uns bei der Entscheidungsfindung. Aber diese Übersicht ist unvollständig: Es fehlen die möglichen Auswirkungen auf das Klima. Hierbei geht es nicht nur um die ökologischen Folgen des Klimawandels, sondern es geht vor allem um die Auswirkungen auf uns Menschen. Da der Klimawandel dramatische Auswirkungen auf uns Menschen hat, sollten uns bei unseren Entscheiden hier in diesem Saal die Folgen unserer Beschlüsse möglichst bewusst sein.

Der Klimawandel trifft jene am härtesten, die am wenigsten dafür können: die ärmsten Menschen auf der Welt, die am wenigsten Ressourcen verbrauchen, und die nachkommenden Generationen, die heute erst recht nichts ändern können. Als eines der reichsten Länder der Welt ist es die Schweiz – und damit auch der Kanton Bern – der Weltbevölkerung schuldig, dass wir uns seriös mit den Folgen unseres Tuns und mit den Folgen des Klimawandels befassen und diesen so weit wie möglich abschwächen. Es geht aber auch um die Bevölkerung hier in der Schweiz: Auch hier trifft die Klimaerwärmung die sozial Benachteiligten am härtesten. Wer über genügend Finanzmittel verfügt, kann die Folgen des Klimawandels am ehesten abfedern. Wer nicht darüber verfügt, bleibt auf der Strecke. Der Klimawandel ist also vor allem auch eine soziale Frage, und das sollte uns bei unseren zukünftigen Entscheidungen hier in diesem Saal viel stärker bewusst sein. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen Vorstoss zu unterstützen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion wird den Vorstoss sowohl als Motion wie auch als Postulat unterstützen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Est-ce qu'il y a encore d'autres comotionnaires qui aimeraient prendre la parole ? Le député Stocker est inscrit. *(Kurze Pause / Courte pause)* Alors je laisse la parole aux représentants des groupes. Pour le PEV, Madame la députée Tabea Bosshard-Jenni.

Tabea Bosshard-Jenni, Oberburg (EVP). Dass man bei einem Geschäft, das im Grossen Rat behandelt wird, die finanziellen Auswirkungen auf die Investitionsrechnung und auf das Budget ausweist, ist für uns alle hier in diesem Saal eine Selbstverständlichkeit. Und genau so, wie praktisch jeder in diesem Rat getroffene Entscheid Auswirkungen auf unseren kantonalen Finanzhaushalt hat, haben auch die meisten unserer Entscheide Auswirkungen auf die Ökobilanz. Dass wir bei un-

seren künftigen Geschäften nun also eine solche Klimafolgenabschätzung zur Beurteilung erhalten, erachtet die Fraktion EVP als dringend notwendig. In der Motion werden keine aufwendig erarbeiteten Daten als Entscheidungsgrundlage erwartet. Vielmehr ist von summarischen Angaben und Schätzungen die Rede, was der Fraktion EVP als verhältnismässig erscheint und in einem guten Kosten-Nutzen-Verhältnis steht. Dass eine grobe Klimafolgenabschätzung bereits beim Überweisen eines parlamentarischen Vorstosses gemacht wird, betrachtet die Fraktion EVP als Stärke dieser Vorlage. Bei den in der Antwort erwähnten Geschäften wie Wahlen, Straferlassen und ähnlichem wäre das Ganze mit einem Standardsatz zu erfüllen, und dies soll nicht als Grund genommen werden, die Motion abzulehnen. Wir von der Fraktion EVP unterstützen aus diesem Grund das Anliegen der Motionäre als Motion oder auch als Postulat, und wir bitten Sie, das Ganze auch als Motion zu überweisen.

Verena Aebischer, Guggisberg (SVP). Ja, das Handeln von uns allen hat Auswirkungen: Auswirkungen auf das Klima und natürlich auch auf andere Einflüsse. Ich sehe auch, dass die Geschäfte, die wir hier in diesem Saal behandeln, logischerweise Auswirkungen auf das Klima haben. Aber verlangt wird – und es wurde ja bereits eingeräumt: vielleicht nicht ganz optimal formuliert –, dass die Auswirkungen aller Geschäfte aufgezeigt werden, also: bei jedem Bericht, jedem Finanzgeschäft und so weiter, wie es in der Antwort des Regierungsrates auch aufgeführt wird. Das kann ja wirklich nicht das Ziel sein. Und auch bei den anderen Geschäften: Was es für einen Mehraufwand für die Verwaltung bedeutet, die ganzen Klimaauswirkungen zu eruieren, zu berechnen und aufzuzeigen, ist vermutlich allen klar, und der Mehraufwand der Verwaltung hat dementsprechend auch hohe Kosten zur Folge. Ich bin der Meinung: Wenn jemand ein Geschäft vertreten und in den Grossen Rat bringen möchte, kann er die Auswirkungen auch selbst aufzeigen – sicher mit Hilfe. Dass dies aber bei jedem Geschäft automatisch passieren soll, ist für uns so nicht zielführend. Die SVP-Fraktion ist deshalb der Meinung, dass sowohl die Motion als auch das Postulat so nicht überwiesen werden können, und wird dies einstimmig ablehnen.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Pour le groupe PS-JS-PSA, Madame la députée Maurane Riesen.

Maurane Riesen, Moutier (PSA). L'épidémie de Covid-19 nous a montré que, quand il y a urgence, il faut agir vite et prendre des décisions courageuses. Si on ne faisait rien, beaucoup plus de personnes allaient mourir ou être infectées. Mais on ne sait pas exactement combien, ni quelles étaient exactement les mesures adéquates. Il y avait une certaine incertitude.

Avec le changement climatique, la situation est très similaire : on sait que si on ne fait rien, énormément de personnes seront affectées. On ne sait pas exactement quand, où, et comment, mais l'urgence d'agir est la même. La seule différence est que ceux qui sont aux commandes durant la pandémie de Covid-19 devaient directement assumer les conséquences de leurs décisions politiques, alors que pour la préservation du climat les conséquences retomberont sur d'autres. Nous avons notre responsabilité face à la crise climatique et nous voulons agir. Pour cela, nous avons besoin de données, d'estimations d'impact sur le bilan carbone. Des décisions qui se prennent au niveau politique. Bien sûr, qu'il y a des incertitudes, mais c'était la même chose durant l'épidémie de Covid-19 : les décideurs devaient se baser sur des estimations, des modèles, avec des données à disposition, afin de limiter au maximum les dégâts. Sans ces données, sans ces indicateurs, il n'y a pas moyen de prendre des décisions – et je fais référence à Trump qui recommandait de s'injecter de l'eau de javel, par exemple. Le Conseil-exécutif est d'accord avec le principe de la motion, mais justifie l'acceptation sous forme de postulat pour des raisons de complexité de mise en œuvre. Oui, estimer le bilan carbone dans toutes les affaires du Grand Conseil, ce n'est pas simple. Mais ce type d'estimations existe déjà, elles se font dans d'autres cadres. Il faut une certaine uniformité. Et bien sûr que certaines affaires seront plus adaptées à un tel calcul que d'autres. Mais l'urgence est là et nous voulons nous donner les moyens d'y faire face. Le groupe PS-JS-PSA vous recommande d'accepter cette motion, et il acceptera bien sûr également le postulat.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Pour le groupe des Verts, Madame la députée Christa Ammann a la parole.

Christa Ammann, Bern (AL). Auch unsere Fraktion wird dieser Motion einstimmig zustimmen. Es ist zentral, dass wir diese Einschätzung bezüglich der Folgen auf den Klimawandel bei allen Ge-

schäften haben, mit jenen Ausnahmen, die bereits erwähnt wurden und die man – wie es auch schon vorgeschlagen wurde – beispielsweise einfach mit einem Standardsatz abhandeln kann. Der Grosse Rat, die Regierung und die Verwaltung haben nämlich nicht nur die Aufgabe, Einschätzungen bezüglich der Auswirkungen auf die Finanzen und auf andere Aspekte zu machen, sondern auch die Verantwortung, dass die Welt so gestaltet ist, dass auch zukünftige Generationen einen lebenswerten oder überhaupt einen lebensfähigen Planeten vorfinden. Der Grosse Rat, die Verwaltung und die Regierung sind in diesem Sinn auch rechenschaftspflichtig gegenüber zukünftigen Generationen. Niemand hier in diesem Saal soll später sagen können: «Ich habe es ja nicht besser gewusst.» Deshalb braucht es diese Einschätzung der Verwaltung – und nicht, wie es vonseiten der SVP vorgeschlagen wurde: «Man kann es ja selber machen.» Denn: Wir sind immerhin immer noch ein Milizparlament, und es haben nicht alle zu allen Aspekten gleich viel Wissen. Dementsprechend braucht es hier auch eine vollständige Einschätzung zu diesem Aspekt, wenn es um die Antwort der Verwaltung geht. Wir müssen schauen, dass wir so viele Folgen des Klimawandels wie möglich abfedern können, und zwar rechtzeitig. Es ist dringend. Wir befinden uns in diesem Aspekt in einer Krise.

Der Regierungsrat hat zwar recht, wenn er in seiner Antwort sagt, es gehe relativ weit. Es ist aber in Anbetracht der Tragweite des Klimawandels zentral, angemessen und verhältnismässig, dass man dies macht, und es zeigt vor allem auch eines: Das Parlament, die Regierung und die Verwaltung müssen bereit sein, die Verantwortung des Klimawandels zu leisten und auch transparent zu machen, und dies, bevor wir bei einem Geschäft entscheiden, ob wir es überweisen oder nicht. Diese Informationen brauchen wir. Dementsprechend ist es wichtig – auch in Bezug auf die Grundaufgaben, die wir als Parlament haben –, dass wir dies in die Antworten der Geschäfte aufnehmen. Deshalb bitte ich Sie, diesen Vorstoss als Motion zu überweisen, vielen Dank.

Julien Stocker, Biel/Bienne (glp). Der grünliberalen Fraktion liegt die Eindämmung des Klimawandels sehr am Herzen. Dies ist ja bekanntlich eines unserer Kernthemen. Wir sind überzeugt, dass es für eine rasche Klimawende die Unterstützung der Politik braucht. Klar: Es gibt immer wieder neue Technologien, zum Beispiel die Elektromobilität oder die Fotovoltaik, die auch ihren Teil beitragen, aber ob man in diesen Bereichen überhaupt forscht oder dies weiterverfolgt, ist häufig damit verbunden, dass die Politik Anreize schafft und die Ressourcen richtig einsetzt. Daher setzen wir Grünliberale uns für die Förderung der erneuerbaren Energien ein und fordern zum Beispiel auch auf nationaler Ebene schon lange eine ökologische Steuerreform.

Wie Sie diesem Vorstoss entnehmen können, bei dem ich übrigens auch Mitmotionär bin, geht es eben darum, dass man den ökologischen Auswirkungen von Entscheidungen in der Politik mehr Gewicht beimisst und sie vor allem auch irgendwie messbar macht. Häufig debattieren wir deshalb hier im Ratssaal – wobei wir jetzt gerade nicht im Ratssaal sind – über Gesetze oder Vorstösse, bei denen man vielleicht den direkten Zusammenhang zur Umwelt nicht unbedingt sieht, die aber trotzdem eine grosse Auswirkung haben können, zum Beispiel bei der Motorfahrzeugsteuer. Die Idee dieses Vorstosses war, dies ein bisschen greifbarer zu machen, indem man betitelt, welche konkreten Auswirkungen auf das Klima vom jeweiligen Geschäft zu erwarten sind.

Als wir die Motion jedoch in der Fraktion diskutiert haben, hat sich ein bisschen herauskristallisiert, dass die Umsetzung ganz so wortgetreu wohl nicht möglich sein wird, so wie die Regierung dies ja auch in der Antwort ausgeführt hat. Die Hauptgründe sind vor allem, dass im Vorstoss explizit alle Grossratsgeschäfte eingeschlossen werden und sich die Anwendung auf alle Geschäfte eher schwierig gestaltet, auch wenn vielleicht eine ökologische Empfehlung zu einem Wahltraktandum sicher auch interessant wäre. Weiter wurden in unserer Fraktion Bedenken geäussert bezüglich des Punkts 3: dass dies zu zusätzlicher Bürokratie führen könnte und die Verwaltung immer noch Alternativvorschläge bringen muss. Es ist natürlich nicht das Ziel, dass die Verwaltung am Schluss unsere Arbeit übernimmt. Aus den angeführten Gründen hegt unsere Fraktion grosse Sympathie für diesen Vorstoss, kann aber nur einer Motion zustimmen.

Vania Kohli, Bern (BDP). Die BDP-Fraktion hat alles Verständnis für die Forderungen dieser Motion. Aber – jetzt kommt unser Aber: Gefordert wird, wie wir gehört haben, dass die Abklärungen dieser Auswirkungen bei allen Geschäften vorgenommen werden sollen. Das war zwar gut gemeint, aber leider führt es nicht wirklich zu jenem Erfolg, den wir wollen. Es macht keinen Sinn und würde nur unnötige Kosten verursachen. Auch muss unserer Meinung nach zuerst ein Instrumentarium erarbeitet werden, in dem die Kriterien eindeutig festgelegt werden und auch vereinheitlicht sind. Das Verhältnis zwischen Aufwand und Aussagekraft muss für die BDP-Fraktion stimmen. Daher

bekommt die Motion von uns nur zwei Stimmen, das Postulat hingegen alle ausser einer. Wir bitten in diesem Fall, dies zu wandeln, und dann wäre unsere Unterstützung gegeben.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Auch für die EDU-Fraktion ist klar, dass es Geschäfte gibt, die einen Einfluss auf das Klima haben. Eine seriöse und verlässliche Klimafolgenabschätzung ist jedoch mit sehr grossem Aufwand verbunden und würde unsere Verwaltung enorm beschäftigen, wenn dies, wie in der Motion gefordert, bei jedem Geschäft gemacht werden müsste. Wenn es aber nur so ausgestaltet würde, dass bei jedem Geschäft eine Standardfloskel zum Klima steht, wie dies manchmal in Berichten bei den Auswirkungen auf die Gemeinden steht, und dann wirklich nicht in die Tiefe gegangen würde, bringt diese Übung keinen Mehrwert. Wir sind deshalb wie die Regierung der Ansicht, dass es schwierig würde, ein vernünftiges Verhältnis zwischen angemessenem Verwaltungsaufwand und genügender Aussagekraft zu erreichen. Aus diesen Gründen lehnt die EDU-Fraktion den Vorstoss auch in der Form des Postulats ab.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Auch die FDP ist grundsätzlich der Meinung, dass das Anliegen berechtigt, richtig und wichtig ist. Wir haben grundsätzlich Verständnis für diesen Vorstoss. Allerdings ist die Formulierung, wie dies jetzt bereits mehrmals erwähnt wurde, natürlich glasklar; hier gibt es nichts daran zu rütteln: Es ist klar, dass alle Vorstösse geprüft werden müssen. Hier halte ich es gleich wie Jakob Schwarz: Wenn man anfängt, dies mit Floskeln abzutun, bringt die Übung wahrscheinlich auch nicht das, was man sich davon erhofft hat. Die Regierung zeigt auf, dass sie grundsätzlich bereit ist, das Anliegen zu prüfen. Wir von der FDP sind klar der Meinung, dass das Anliegen zu prüfen ist. Wir lehnen eine Motion einstimmig ab und unterstützen ein Postulat einstimmig.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le micro est à présent ouvert aux intervenants à titre individuel. Je laisse la parole au député Mohamed Hamdaoui, PDC.

Mohamed Hamdaoui, Biel/Bienne (PDC). Permettez-moi une petite image : comme beaucoup de personnes, j'ai de l'asthme et donc, quand j'ai une crise d'asthme, je prends le médicament que m'a prescrit mon médecin, et en général, ça marche. Mais un jour, par curiosité, j'avais consulté un autre docteur, le docteur Google. Diagnostic : ce médicament est entièrement fabriqué loin d'ici, en Chine. Donc, sans l'avoir su, j'avais pris pour soulager mes problèmes pulmonaires un médicament acheminé en Suisse par des avions-cargos, ceux-là même qui contribuent au réchauffement climatique, à polluer l'air et accessoirement mes poumons. Si j'avais su. Si j'avais su, j'aurais peut-être, malgré tout, accepté de prendre ce médicament. Mais au moins, j'aurais su, j'aurais surtout pu demander une solution alternative et j'aurais pu en toute connaissance de cause prendre une décision responsable. C'est exactement le but de cette intervention : c'est nous donner à nous, parlementaires et élus du peuple, la possibilité de nous prononcer en toute connaissance de cause sur des affaires que nous traitons, pour savoir si les intérêts économiques, sociaux, politiques ou régionaux, qui sont forcément tous légitimes, sont suffisamment importants pour que nous fermions les yeux sur d'autres objectifs qui concernent le climat. Cette motion, Mesdames, Messieurs, n'est pas moralisatrice. Elle n'a pas d'autre but que de nous permettre de mieux exercer notre responsabilité individuelle, afin que nous puissions prendre des décisions importantes en connaissant tous les enjeux. Chacun sera alors libre de trancher en fonction des critères qui lui semblent prioritaires. Je vous invite donc à accepter cette motion – ou le postulat –, car, au fond, elle nous permettra d'aborder ces questions climatiques sur des bases pragmatiques et scientifiques. Nous le valons bien.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). In seiner gestrigen Abschiedsrede hat Hannes Zaugg ein Bild vom Blindflug gebraucht: Ein Flugzeug, das in Coronazeiten unterwegs ist ... respektive: Regieren in Coronazeiten sei ungefähr so, wie wenn ein Flugzeug im Blindflug unterwegs sei, nur auf Instrumente angewiesen. Diese fallen aus, und auch die Lotsen wissen zum Teil nicht mehr so recht, ob sie noch die richtigen Informationen haben. Wenn ich das Bild weiterbrauche, das er uns gestern geschildert hat, und dieses auf die Klimakrise übertrage, mache ich dies aus zwei Gründen. Erstens: Auch die Klimakrise ist eine sehr grosse Krise. Wahrscheinlich ist sie wesentlich einschneidender in ihren Folgen, als dies die Coronakrise derzeit ist, obwohl wir gesehen haben, wie einschneidend und gefährlich diese ist und wie sie unser Leben verändert. Die Klimakrise wird dies in einem noch sehr viel stärkeren Mass machen. In einzelnen Ländern, in einzelnen Regionen ist dies schon der Fall, und bei uns wird dies stetig zunehmen. Der Vergleich mit der Coronakrise ist

auch deshalb sinnvoll, weil die Ursachen beider Krisen zum Teil die gleichen sind: Die Luftverschmutzung, von der man weiss, dass sie einen grossen Anteil an den Erkrankungen durch das Virus hat – die gleiche Luftverschmutzung ist eben auch Hauptquelle der Klimakrise, der Klimaveränderung. Die Emissionen, die für die Klimakrise zuständig sind, werden bei der Verbrennung vor allem fossiler Stoffe freigesetzt. Es gibt Russpartikel und es gibt Klimagase, die dabei freigesetzt werden. Genau dies steht teilweise auch am Ursprung der Coronakrise: viel zu viel Luftverschmutzung, schlechtes Klima.

Die zweite Ursache, die ebenfalls beiden Krisen zugrunde liegt, ist unsere überhitzte Mobilität: eine Mobilität, die jenseits von Gut und Böse ist. Denken wir nur an all die Pendlerströme, die wesentlich zur Entstehung beider Krisen beitragen. Schlussendlich noch die Konzentration ganz vieler Menschen in riesigen Ballungszentren: Auch dies hat beiden Krisen Vorschub geleistet.

Zurück zum Blindflug: Wenn wir jetzt dieser Klimafolgenabschätzung nicht folgen – und ich denke, mindestens als Postulat sollten Sie diesem Vorstoss folgen –, wenn wir dies nicht tun, ist das etwa so, wie wenn man bei einer der grössten Bedrohungen der Menschheit ... (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure*) ... im Blindflug regieren, Entscheide fällen, Massnahmen in unzähligen Bereichen und auch Ausgaben beschliessen würde. Daher ein dringlicher Appell an Sie: Stimmen Sie diesem Vorstoss doch mindestens als Postulat zu, damit wir wissen, wohin der Weg in Sachen Klimakrisen geht.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Le motionnaire souhaitant parler après Monsieur le chancelier, je laisse la parole à Christoph Auer.

Staatsschreiber Auer. Der Regierungsrat ist mit der Zielsetzung dieser Motion einverstanden. Auch für den Regierungsrat ist es wichtig, dass Sie als Parlament über die nötigen Informationen über die Auswirkungen auf den Klimawandel verfügen, wenn Sie Geschäfte beschliessen. Der Regierungsrat beantragt aber, diesen Vorstoss in der Form des Postulats anzunehmen. Er ist bereit, in einem Bericht näher anzuschauen und aufzuzeigen, wie man dieses Anliegen umsetzen könnte. Wieso ist die Überweisung in der Form der Motion nicht das richtige Mittel? Ich bitte den Motionär, noch einmal zu überlegen, ob er nicht wandeln möchte. Es geht weniger darum, dass die Motion so umfassend formuliert ist, dass auch Wahlgeschäfte, Begnadigungen und derartige Singularitäten erfasst sind; damit könnte man leben. Dies könnte man vielleicht in der Tat mit einem Standardsatz abtun.

Aber das Problem dieser Motion ist, und dies wird im Motionstext explizit so gesagt: Auch bei sämtlichen Antworten auf parlamentarische Vorstösse soll die Regierung bereits Auswirkungen auf das Klima aufzeigen und Informationen dazu liefern, und dies ist wirklich überschossen. Ein parlamentarischer Vorstoss ist entweder eine Interpellation; dann ist es eine Frage. Wenn Sie irgendwelche Fragen stellen, können Sie die Auswirkungen auf das Klima direkt erfragen, und dann bekommen Sie direkt Antworten des Regierungsrates. Wenn Sie ganz andere Fragen haben, zum Beispiel zum Polizeieinsatz bei der Reithalle, macht es keinen Sinn, in der Antwort auf die Interpellation irgendetwas über die Auswirkungen dieser Frage auf das Klima zu sagen. Das leuchtet allen ein.

Die anderen parlamentarischen Vorstösse sind Motionen und Postulate. Mit diesen Instrumenten geben Sie dem Regierungsrat einen Auftrag; einen Auftrag, ein Gesetz oder einen Bericht vorzulegen oder etwas in einem Bericht zu prüfen. Der Regierungsrat nimmt in seiner Antwort auf Motionen und Postulate nicht Stellung zum Vorhaben; das kann er noch gar nicht. Er setzt sich mit der Frage auseinander, ob er den Auftrag annehmen soll, ob etwas dagegenspricht, weil es vielleicht in der Kompetenz des Bundes ist, oder wie die Ressourcen sind. Es geht um die Beurteilung dieses Auftrags. Das ist der Gegenstand der Antwort. Das Anliegen selbst, nämlich die Änderung des Baugesetzes oder die Schaffung eines Gesetzes zur Förderung der Medien, kommt dann, wenn das Postulat oder die Motion überwiesen worden ist. Dann kann man mit dem Sachgeschäft prüfen, welche Auswirkungen es auf das Klima hat. In der Phase jedoch, in der es um den parlamentarischen Vorstoss geht, ist es schlicht unmöglich, die Auswirkungen auf das Klima aufzuzeigen, wenn man das Gesetz noch gar nicht vorbereitet hat. In diesem Punkt ist die Motion wirklich überschossen. Es macht keinen Sinn, bei parlamentarischen Vorstössen Auswirkungen auf das Klima bereits in der Antwort zum Vorstoss darzulegen.

Daher bitte ich den Motionär, zu überlegen, ob er nicht wandeln will, und wenn er nicht wandeln will, beantragt die Regierung die Überweisung als Postulat. Wenn Sie es als Postulat überweisen, wird die Regierung dies prüfen und einen Bericht machen. Es ist dann aber am Parlament, gegebenenfalls – je nach Ergebnis dieses Berichts – die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO) anzupas-

sen, denn die Rechtsgrundlage für die Berichterstattung, von der wir jetzt reden – die Auswirkungen, seien sie finanzieller Art, seien sie auf die Gemeinden, auf das Klima –, ist in der GO. Das wäre dann wieder ein ratseigenes Geschäft, bei dem die Regierung aber selbstverständlich mithilft und bereit ist, die entsprechenden Grundlagen zu erarbeiten, wenn dies das Ergebnis des Berichts ist. Zusammengefasst noch einmal: Die Regierung beantragt die Überweisung des Vorstosses als Postulat.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Avant de céder la parole à Monsieur le député Vanoni, j'aimerais saluer la présence du président du gouvernement, Monsieur Pierre-Alain Schnegg, de Madame la vice-présidente du gouvernement, Madame Beatrice Simon, et de Monsieur le conseiller d'Etat Christoph Amman. Vous avez la parole, Monsieur le Député.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich möchte mich für die breite Unterstützung des Anliegens, das hinter dieser Motion steht, herzlich bedanken. Ich bin auch dankbar für diese Präzisierungen, die der Staatsschreiber nun noch vorgebracht hat und die erklären, wie er vor allem die Problematik bei den parlamentarischen Vorstössen sieht. Ich kann nur kurz noch einmal sagen: Auch dort ist es im Sinn der Motion, wenn man dort vielleicht differenzierte Möglichkeiten, pauschale Abschätzungen akzeptieren würde.

Ich möchte mich bedanken bei all jenen, welche die Unterstützung der Motion zugesagt haben: die SP-JUSO-PSA-Fraktion, die EVP-Fraktion, zwei BDP-Mitglieder, der CVP-Grossrat und vielleicht auch einzelne Vertreter der glp, wenn ich den freudschen Versprecher des Fraktionssprechers am Schluss seines Votums richtig interpretiere. Aber trotzdem: Ich habe eine sogenannte Mehrheitsverhältnis-Folgenabschätzung gemacht und bin zum Schluss gekommen, dass es für eine Motion nicht reicht. Deshalb wandle ich in ein Postulat, natürlich in der Hoffnung, dass der Regierungsrat durch die breite Unterstützung des Postulats und die breite Anerkennung seines Grundanliegens den Bericht möglichst rasch vorlegen wird, damit wir auch möglichst rasch zu dieser neuen Entscheidungsgrundlage übergehen können. Vielleicht könnte man als Übergangslösung die von mir erwähnte Nachhaltigkeitsbeurteilung schon etwas offensiver zur Anwendung bringen. Vielen Dank also allen für die Unterstützung des Postulats.

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Monsieur le député Vanoni a transformé sa motion en postulat. Je vous invite donc à voter sur le postulat intitulé « Mise en évidence des répercussions climatiques dans toutes les affaires du Grand Conseil » : les député-e-s qui acceptent ce postulat votent oui, les député-e-s qui le rejettent votent non, après le gong.

Abstimmung (2019.RRGR.279; als Postulat)

Vote (2019.RRGR.279 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 103

Nein / Non 51

Enthalten / Abstentions 0

Hervé Gullotti, Tramelan (PS), vice-président. Vous avez accepté le postulat par 103 oui contre 51 non et aucune abstention.